
FDP Offenbach

„OFFENBACH ALS STADT DER KURZEN WEGE – NICHT DER UMWEGE“

09.07.2012



Verkehrspolitik muss Einkaufsstandort Offenbach stärken –

mitentscheidend für Stadtimage

Diskussionspapier zur Verkehrspolitik in der Innenstadt

Das heute bekannt gewordene Diskussionspapier des FDP-Fraktionsvorsitzenden Oliver Stirböck zur Verkehrspolitik in der Innenstadt veröffentlichen wir hiermit auf www.fdp-of.de

Die Funktionsfähigkeit der Innenstadt entscheidet maßgeblich mit über das Außenbild der Stadt Offenbach insgesamt. Daher hat der partielle Verlust der Oberzentrumsfunktion der City in den 90er Jahren die verstärkten Imageprobleme der Stadt mitgeprägt. Dazu benötigt Offenbach eine funktionierende Einzelhandelsstruktur. Diesem Ziel muss eine kluge Innenstadtpolitik folgen. Denn die Qualität des Einzelhandels beeinflusst die Attraktivität der Innenstadt. Alle verkehrspolitischen Maßnahmen müssen das Ziel im Auge haben, die Einkaufsstadt Offenbach zu stärken. Änderungen der Verkehrsbeziehungen im sensiblen Bereich der City sind daher behutsam und gut überlegt vorzunehmen. Manche gut gemeinte Idee kann von den Kunden leicht als verkehrspolitischer Amoklauf empfunden werden und damit positive Entwicklungen der letzten Jahre (KOMM, Wilhelmsplatz) wieder zunichte machen.

Um die Konkurrenzfähigkeit der Innenstadt im Wettbewerb mit anderen Kernbereichen der Region sowie der „grünen Wiese“ zu steigern, sind zwei Komponenten entscheidend:

- die Aufwertung des öffentlichen Raums weiter fortzusetzen

- die Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsträger zu erhalten.

Die FDP steht daher weiter

- zu einer Verschönerung des Wilhelmsplatzes sowie des Stadthofs, um die Komplettsanierung des öffentlichen Raums in der City abzuschließen.
- zum Ziel, die Offenbacher Innenstadt als „Stadt der kurzen Wege“ und nicht als „Stadt der Umwege“ zu profilieren. Dabei bleibt neben Fußgängern, Fahrradfahrern und Nutzern des öffentlichen Nahverkehrs das Auto ein wichtiger Verkehrsträger. Denn nach Studien ist der Umsatz der Autofahrer für den Einzelhandel von besonderer Bedeutung.

Die FDP warnt daher vor Diskussion über mögliche Sperrungsvarianten. Sie sind geeignet, dem Standort Innenstadt zu schaden, weil potenzielle Investoren oder Einzelhändler abgeschreckt werden. Dies verhindert Planungssicherheit.

Die FDP fordert:

- Einen vernünftigen Umbau des Marktplatzes, der ihn nicht für den Autoverkehr sperrt. Eine solche Maßnahme wäre auch ein Treppenwitz, nachdem wir die Bismarckstraße in beide Richtungen geöffnet und Mobilitätshürden in der City abgebaut haben. Ein attraktiver von allen Verkehrsteilnehmern genutzter Marktplatz keine komplette Sperrung. Die Radikalvariante ist nicht immer die beste Lösung.
- eine Verbesserung der Fußgängerbeziehungen zwischen Frankfurter Straße und Wilhelmsplatzes durch Aufpflasterungen, auch um dem gestiegenen „Fußgängerverkehr“ in diesem Raum Rechnung zu tragen.
- Kein Verzicht auf den Linksabbieger von der Berliner Straße aus Osten
- Verzicht auf die diskutierte Bewirtschaftung der Parkplätze am Mainufer
- Rasche Einführung des Parkleitsystems. Dessen verschleppte Einführung ist aber ein peinliches Trauerspiel mit immer neuen Begründungen für die Verzögerungen.
- Anfahrbarkeit des KOMM über Mittelseestraße von der Bismarckstraße aus
- Stärkere Anstrengungen der Stadt für ein gemeinsames Parkkostenrückvergütungssystem des Handels für Kunden der Innenstadt.
- Kostenloses Kurzzeitparken (Brötchentaste) in der gesamten Innenstadt
- Einführung des „Handyparken“, also das Bezahlen des Parkscheins mit dem Handy,

als zusätzliche Möglichkeit des Bezahls.

- Zeitdauer des kostenlosen Parkens auf 30 Minuten ausweiten, um aus der Brötchentaste auch ein regional sichtbares Marketinginstrument zu machen.
- Hinter dem Kreisel vor der Kaiserstraße verhindern künstliche Verbreitung des Fußgängerbereichs sowie Fahrbahnmarkierungen und Verkehrsinseln ein frühzeitiges Einfädeln auf die Rechts- und die Linksabbiegerspur. Die ist zu verändern. Die verkehrspolitisch noch bessere Lösung, den Kreisel zu schleifen und bereits früher zu einer Entflechtung zu kommen, erscheint uns hingegen für den zusätzlichen Nutzen finanziell zu aufwändig.

Oliver Stirböck, FDP-Fraktion, 5.7.2012